

Sächsische Zeitung

Injectionsgebühren für die Hauptgebäude...

Monatspreis pro Quartal 3 Mark.

Verlag der „Actiengesellschaft Sächsische Zeitung“

im vorm. G. Schwesfke'schen Verlage. (Sächsischer Courier.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Fritz v. Gochring in Halle.

Nr. 100.

Halle, Mittwoch den 2. Mai

1883.

Die Verhandlungen über die Verwaltungsreform.

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die von der Regierung vorgezogenen, von fast sämtlichen Provinziallandtagen geforderten und gebilligten Änderungen der Verwaltungsorganisation mit lauffähiger Notwendigkeit sich aus der Unhaltbarkeit der Bekandtschaft selbst entwickelt haben...

Die Verhandlungen drehen sich jetzt vornehmlich nur noch um das höhere oder geringere Maß von Unabhängigkeit der Verwaltungserziehung. Das in dieser Beziehung alle erforderlichen Bürgschaften gesetzlich festzulegen werden müssen...

Genau hat sich das Haus für die Aufrechterhaltung des Provinzialrats ausgesprochen, obwohl die Beilegung dieser Behörde, welche dem Provinzialausschuß gegenüber vollständig seine Bedeutung verlor...

Die fortschrittliche Presse sieht mit unvorhoffenem Grimm das Werk der Verwaltungsreform sich vollenden, und da es ihrer Partei nicht mehr genügt, kassiere durch welche Mittel auch immer zu führen, versucht sie es mit dem Spott...

Politischer Tagesbericht.

Nach Beschluß des Bundesrats soll, wie erinnerlich, die im Jahre 1878 zum ersten Male vorgenommene Ermittlung der landwirtschaftlichen Wobdenennung für das Jahr 1883 wiederholt und gleichzeitig eine sorgfältige Schätzung des durchschnittlichen in dem Zeitraum von 1878-1882 einschließlich zum Hektar gewonnenen Ertrages solcher Fruchtarten bewirkt werden...

Die den Kreisbehörden zugewiesene Tätigkeit läßt innerhalb der Landkreise unter die jeweilige Beaufsichtigung und Leitung der Landräthe. Dieselben haben insbesondere ein Augenmerk darauf zu richten, daß überall, wo es erforderlich erscheint, die Bildung von Schätzungskommissionen rechtzeitig erfolge...

füllten Formulare wieder zugehen, sind dieselben von ihnen einer Prüfung auf Vollständigkeit und soweit thöulich auch auf innere Wichtigkeit zu unterziehen und alsdann dem Statistischen Bureau bis zum 30. November d. J. zuzuleiten.

Die Behörden der Stadtkreise erhalten die erforderlichen Formulare bis zum 1. September direkt vom Statistischen Bureau zugesendet und haben dieselben nach Maßgabe der Anweisung direkt dorthin zurückzugeben.

Die Regierungspräsidenten sind bereits angewiesen worden, namentlich die Kreisbehörden ihres Bezirks bezw. die in Städten bestehenden königlichen Polizeiverwaltungen in Betreff der von ihnen auf Erfordern zu gewährenden Beihilfe mit der erforderlichen Anweisung zu versehen.

Gleichzeitig sollen die Regierungspräsidenten die bevorstehenden Erhebungen durch öffentliche Bekanntmachung unter Erläuterung des Zweckes und der Wichtigkeit derselben zur Kenntniß der Bezirke-Einwohner bringen, auch namentlich die den Kreisbehörden obliegenden Vorbereitungs- und Ausführungsmaßnahmen ihrerseits einer sorgfältigen Kontrolle unterstellen.

Aus dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichstagskommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfs über die Einführung eines ungeschuldben Verurtheilten ist von besonderem Interesse eine von dem Regierungskommissar zu Protokoll gegebene Erklärung, welche über die Stellung des Reichstages bezw. des Reichspräsidenten zu der Angelegenheit liegt verbreitet. Es heißt da, nachdem konstatiert worden, daß der Bundesrat sich mit der Frage noch nicht beschäftigt habe: „Wenn seitens des Herrn Reichstagslangens mit Einführung der Abfertigung, auch bezüglich der Unterordnung der Einweisungsbefugnisse zu gewahren, weiterzugehen sei, so habe derselbe andererseits von Anfang an sein Heft daraus gemacht, daß die Bestimmungen, ungeschuldben Verurtheilten wegen der durch eine Straftat ihnen zugefügten Vermögensschädigung nachtheilhaft zu entscheiden, sich seiner Sympathie zu erfreuen hätten und daß er keine Veranlassung habe, diese humanitäre Aufgabe als außer den Grenzen des Staatszweckes liegend von sich abzuweisen.“

In der Reichstagsabstimmung vom 27. April wurde von dem fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Dörig zur Ausprägung des Hauses ein Namensauftrag veranlaßt und dem Reichstag darüber angefragt eine Stunde freizunehmen für sein Gerankt.

Es ist von Interesse, die Viste der Abwesenheit nach der Parteiteilnahme zu unterziehen. Es fehlten nämlich dem Centrum (105 Mitgl.) 47, darunter 20 ohne Entschuldigung, von den Deutschkonfessionellen (49 Mitgl.) 15, darunter 5 unentschuldig, von der baltischen Reichspartei (23 Mitgl.) 10, darunter 1 unentschuldig, von der Nationalliberalen (44 Mitgl.) 17, darunter 7 unentschuldig, von der liberalen Vereinigung (46 Mitgl.) 21, darunter 11 unentschuldig, von der Fortschrittspartei (61 Mitgl.) 38, darunter 18 (auch Herr Richter-Hagen) unentschuldig, von der Volkspartei (9 Mitgl.) 6, von den Socialdemokraten (12 Mitgl.) 4, von den Eisenbahnen (14 Mitgl.) 13, von den Polen (18 Mitgl.) 12. Es hatte ferner nach Ausnahme der (seiner Gruppe) bei jener von der Fortschrittspartei veranlaßten Abfertigung die Fortschrittspartei verhältnismäßig weitaus die schlechteste Frequenz (es fehlten ungefähr 63 Prozent), während die Deutschkonfessionellen und Nationalliberalen am vollständigsten am Plage waren.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Unterrichts- und Hochschulwesen hat bekanntlich in Sachen der Petitionen, betr. die Ueberführung der Schüler aus unseren höheren Lehranstalten statfindend, und welche geeigneten Vorschläge zur Abhilfe zu machen sind, der eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Der königlichen Staatsregierung wird der Maßgabe zur Berücksichtigung zu überweisen, daß die Frage, ob eine Ueber-

führung der Schüler an unsere höheren Lehranstalten statfindend, und welche geeigneten Vorschläge zur Abhilfe zu machen sind, der eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Den Ausführungen des Regierungs-Kommissar Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Bonig zu dieser Frage entnehmen wir folgende Einzelheiten. Derselbe befreit die Wichtigkeit der Angaben, daß der unverhältnismäßig hohe Prozentsatz Untauglicher zum einjährigen Militärdienst unter den ehemaligen Schülern höherer Lehranstalten von Ueberführung herührte, auch die Ueberschneidung, welche die Unterrichtsverwaltung darüber hat anstellen lassen, wie weit die Ueberführung der Schüler an unsere höheren Lehranstalten statfindend, richtig sei, hat ergeben, daß dies nicht zureichte, sogar das Gegenteil wurde von einigen Dirigenten öffentlicher Irrenanstalten berichtet. Durch den Turnunterricht ist für die körperliche Ausbildung der Schüler geforgt, daß dieser immerhin auch in den Kreisen der Eltern anerkannt wird, zeigt die Abnahme der Dispensationsgesuche. Ueber das Resultat der von dem Unterrichtsministerium veranlaßten Erhebungen erfahren wir, daß von 3 Vizepräsidenten und 12 Provinzialpräsidenten das Vorhandensein einer Ueberführung entschieden verneint wurde. Von einem der Vizepräsidenten wird mit Recht hervorgehoben, daß die Klagen wegen Ueberführung vorzugsweise in den sogenannten besseren Kreisen der Gesellschaft lauten, viel weniger in den Familien, wo die ernste und arbeitsame Arbeit und das mit Ehrgefühl verbundene Ringen nach einem festen Ziel als ein anerkanntes Lebensziel gilt. Es sind Fälle vorgekommen, in denen trotz Gegenüberstellung der Schule Ueberführung mit Mühsal unter, mit acht und mehr wünschenswerten Umständen im Hebrävischen und in lateinischer Wissenschaft von den Eltern beliebt und doch über eine durch die Schule vermittelte Ueberführung gelangt wurde. Um Allgemeinen kann die Patzfrage der Ueberführung nur zugegeben werden bei Schülern von Ueberhöher Frequenz und in großen Städten. Rath hat die Ueberschneidung liberal angenommen und gefügt. Namentlich weisen sich namentlich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob die Bestimmungen in Betreff der Vertretung der Interessen der Provinzen der medizinischen Wissenschaft entsprechen. Der Regierungskommissar giebt aber anheim, auf Grund des von der Unterrichtsverwaltung eingehenden Berichtes der wissenschaftlichen medizinischen Deputation vorher - über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Ueber die Annahme der Resolution der konservativen Partei äußert sich heute die Norddeutsche Allgemeine Zeitung in folgender Weise:

Wir haben schon, als wir Kenntnis von der Resolution der konservativen Partei bezüglich des Wählverfahrens ertheilten, die Befürchtung nicht unterdrücken können, daß derselbe nachtheilig auf den Fortgang der preussischen Verhandlungen mit der Reichstagskommission und der Regierung die Aufgabe, zu deren Lösung sie mit Rom verhandelt, erschweren werde. Die topographischen Nachrichten, welche über die Ausräumung des Montreux de Rom bisher eingegangen sind, lassen diese unsere Befürchtung als vollständig begründet erscheinen. Das römische Volk, sagt die konservativen im Bericht mit dem Centrum und die liberalen in der Uebersicht gegen die Regierung und gegen den Reichstag ist die organische Keimzelle der Wählweise in der Gestalt gefordert haben, wie der Reichstag sie hätte ertheilt, als einen Akt der Gerechtigkeit, der entgegen dem heile Verstande und tout le monde - der Vantage, das Centrum der Balfans, die öffentliche Meinung, eine solche Meinung fordert. Der Montreux fragt, wer könnte sich dieser Meinung gegenwärtig noch widersetzen? und sagt hinzu, daß dieses Wort die Negation in Rom in hohem Maße erleichtere und ihren schändlichen Ende entgegenführe. Wir wollen uns freuen, wenn diese Hoffnung sich bestätigt, aber wir fürchten, daß Herr v. Schöler den auf diese Weise getheilten Erwartungen des Reichstages entgegen einen sehr viel schwierigeren Stand haben wird, als es noch vor acht Tagen der Fall zu sein schien. Wenn die Befürchtung sich bestätigt, so wird es nicht leicht sein, nachzutragen, daß das Centrum des Montreux vom 25. d. M. in diesem Ueberfluge ohne Stühle sei.“

Der Bericht der Handelskammer zu Frankfurt a/M. constatirt für das Jahr 1882, daß sich die Exportfähigkeit in der Maschinen- und Eisenwaren-Industrie, in einzelnen Zweigen des Textil- und Lederwaren-Fabrikations, der Zement- und Selteneren-Industrie, der chemischen Industrie, der Parfümerie-Industrie, der Papiermaschinen-Industrie, der Bierproduction u. a. gänzlich gestillt hat, die Mengen der zur Ausfuhr gelangenden Fabricate haben sich gehoben und manche Abgangskategorie erweitert und befestigt. Als Ursache dieser Erfolge werden in den Berichten der Exporteure theils die stetige Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, theils die günstigen Wirkungen der Gewerbe- und Patent-, Marken- und Wucherer-Gesetze bezeichnet. Namentlich hätten, so heißt es in dem Bericht, die letzteren Gesetze auf dem industriellen Gebiete Deutschlands im Innern gekämpft und nach Außen hin angefahren gemacht. Allenfalls jenseits der Alpen wie jenseits des Rheins als einer über dem früher so gering geführten deutschen Gewerbe als einer über dem nach gemachten eben so gefährlichen wie glücklichen Concurrenz auf dem Weltmarkte gerettet. We England und Frankreich früher allein den Markt beherrschten, da tritt heute der deutsche Anbauindustrie mit Erfolg als Mitbewerber auf.

Deutschland beginnt allmählich auch auf wirtschaftlichem Gebiete zur Großmacht zu werden und zwar gerade unter der Herrschaft der Schutzpolitik, deren Einfluß nach der Prophezeiung der Theoretiker der alten Schule auf dem Gebiete der ausländischen Concurrenz ein höchst unheilvoller sein sollte. Jetzt wo sich das gerade Gegenteil zeigt, und es nicht nur notwendig ist, die einmal eingeschlagene Richtung unentwegt beizubehalten, sondern auch mit um so größerer Energie für die Vertheiligung derselben zu sorgen und die auch noch so thölich auftretenden, mit taufendert Trugschlüssen und Sophistereien bewaffneten Gegner vollständig und dem Felde zu schlagen.

Die Ausprägung von Silbersechseidmünzen im Rahmen der sogenannten Münzconvention hat soweit die jeweiligen Eigenen-Schuldigkeit hierfür in Betracht kommt, mit dem abgelaufenen Jahre ihr Ende erreicht. Wie nämlich die schweize-





